

# Der Freisinn



Nr. 2  
Februar 1983  
5. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Ertragsverhältnisse berücksichtigen

## Indexautomatismus - ein Tabu-Thema?

Ist der automatische Ausgleich indexmässiger Teuerung bei Löhnen und Gehältern sowie allenfalls bei Alters- und anderen Renten ein bedingungslos wohlverworfenes Recht? Während die Bejahung dieser Frage vorab für das öffentliche Personal tabu zu bleiben scheint, haben sich manche Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft mit begrenzten Teuerungsanpassungen zu begnügen, weil unter dem Einfluss der Rezession die Ertragsverhältnisse ihrer Arbeitgeber nichts anderes zulassen.

Zwischen Unternehmungen und Belegschaften besteht häufig Einvernehmen darüber, dass eine möglichst integrale, wenn auch teilweise durch Kurzarbeit eingeschränkte Beschäftigung dem unbesehenen Indexautomatismus vorgeht.

### Vom wieder sozialistischen Schweden ...

Lehrreiche Beispiele liefert ein Blick über die Grenzen da und dort. In Schweden, wo diesen Herbst nach sechsjährigem Unterbruch die Sozialisten an die Regierungsmacht zurückgekehrt sind, will man anscheinend vollumfänglich am übersteigerten Sozialstaat festhalten. Die freilich vergleichsweise schwachen bürgerlichen Vorgängerkabinette hatten wenigstens die Ölpreis- und umsatzsteuerbedingten Teuerungswirkungen aus dem Indexautomatismus ausgeklammert. Jetzt soll dieser wieder uneingeschränkt hergestellt werden. Laut

Kennern der Szene wird dies aber dazu beitragen, dass allfällige positive Beschäftigungseinwirkungen der kürzlichen massiven Abwertung der schwedischen Krone durch beschleunigte Inflation noch schneller wieder «aufgefressen» sein werden, als dies ohnehin zu befürchten gewesen wäre. Da schenken auch die Steuererhöhungspläne, mit denen die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates forciert werden soll, wenig Trost.

### ... zu den bürgerlich gewordenen Niederlanden

Andererseits hat sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seit einigen Jahren mehr und mehr die Ueberzeugung durchgesetzt, dass «gleitende Löhne» in Zeiten stagnierender oder rückläufiger Sozialprodukte nicht der Weisheit letzter Schluss sind. Man kann neuartige wirtschaftspolitische Versuche beobachten, etwa in den Niederlanden, wo sich — unter dem Impuls der neuen bür-

gerlichen (christlichdemokratisch-liberalen) Koalition — die Sozialpartner über eine Koppelung von Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnerhöhungsverzichten zu einigen vermochten. Darauf konnte die Regierung ihrerseits von der Verkündigung eines fragwürdigen schematischen Lohn- und Preisstopps Abstand nehmen. Gleichzeitig stellte sie klar, dass im öffentlichen Sektor kein Raum mehr für Anpassungen von Löhnen und Sozialleistungen vorhanden ist. Beachtlich sind ausserdem die Schlussfolgerungen aus der Erkenntnis, dass die Wirtschaft, soll ein Konjunkturaufschwung herbeigeführt werden, einer gestärkten Ertragsfähigkeit bedarf. Es wurden investitionsfördernde Steuererleichterungen beschlossen, die zusammen mit der Dämpfung des Arbeitskostenauftriebs dazu bestimmt sind, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

### Empfehlungen aus «Brüssel»

Die EG-Kommission in Brüssel hat unlängst ebenfalls das Konzept bestätigt, das sie schon früher in einem Grundsatzpapier über «Prinzipien der Indexierung in der Gemeinschaft» entworfen hatte. Von Interesse ist dabei insbesondere die Aufzählung von fünf Elementen, die alle die Gefährdung des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses durch die automatische Bindung von Löhnen und Gehältern an die Teuerungsrate aufzeigen. Derartige Bindungen bedrohen, den Zahlungsbilanzausgleich, die Verbesserung der Produktionsstrukturen, die Eindämmung des Preisauftriebs, die Abwehr weiterer Beschäftigungseinbussen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Parteipräsident Yann Richter zu den bevorstehenden eidgenössischen Wahlen

## «Die Partie ist noch nicht gewonnen»

Mit günstigen Prognosen für die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) wartete eine vor kurzem im Hinblick auf die bevorstehenden eidgenössischen Wahlen durchgeführte Meinungsumfrage auf. So positiv ein solches Ergebnis auch zu werten ist, birgt es doch stets das Risiko in sich, die Partie bereits für gewonnen zu betrachten. FDP-Parteipräsident Yann Richter (NE) plädiert deshalb im nachfolgenden Artikel für eine beharrliche Fortsetzung der Anstrengungen auch in der praktischen Parteiarbeit.

Wie es das Gesetz verlangt, finden die eidgenössischen Wahlen am zweitletzten Oktoberwochenende statt, dieses Jahr also am 23. Oktober. Eine Anfang Jahr durch die Presse veröffentlichte Meinungsumfrage gibt Antwort auf die Frage, welche Resultate zu erwarten gewesen wären, wenn die Wahlen im Oktober 1982 stattgefunden hätten. Diese Resultate hätten uns ganz besonders begünstigt.

Resultate von Meinungsumfragen sind indessen stets mit Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen. Immerhin bestätigen sie aber jene guten Resultate, die unsere Partei seit einigen Jahren in zahlreichen kantonalen Wahlen verbuchen konnte. Allgemein lässt sich festhalten, dass das von unserer Partei beim Wähler in zunehmendem Mass gefundene positive Echo vor allem auf das von uns vertretene Gedankengut zurückzuführen ist. Immer mehr Leute setzen sich damit auseinander und anerkennen dessen Wert und Nutzen in der Praxis des politischen Alltags.

### Aufgepasst

Die gegenwärtige Situation ist für uns also verhältnismässig günstig. Aber aufgepasst! Sie birgt auch das Risiko in sich, uns glauben zu machen, die Partie sei bereits gewonnen. Mehr denn je müssen wir dieses Jahr wachsam bleiben, unserer Linie treu bleiben, dauernd unsere Thesen konkretisieren und unsere Ziele unter Berücksichtigung der stetigen Entwicklung immer besser definieren.

Unsere Anstrengungen müssen daher beharrlich fortgesetzt werden. Sie dürfen sich zudem nicht einzig auf das Programmatische beschränken, sondern müssen sich auch auf die praktische Parteiarbeit richten. Ich appelliere daher an die Kantonalparteien und bitte sie, in zwei Hauptrichtungen besonders tätig zu sein: im Hinblick auf die Rekrutierung neuer Mitglieder und auf die Bestimmung neuer Kandidaten. Was die Mitglieder anbelangt, so müssen wir uns an all jene rich-

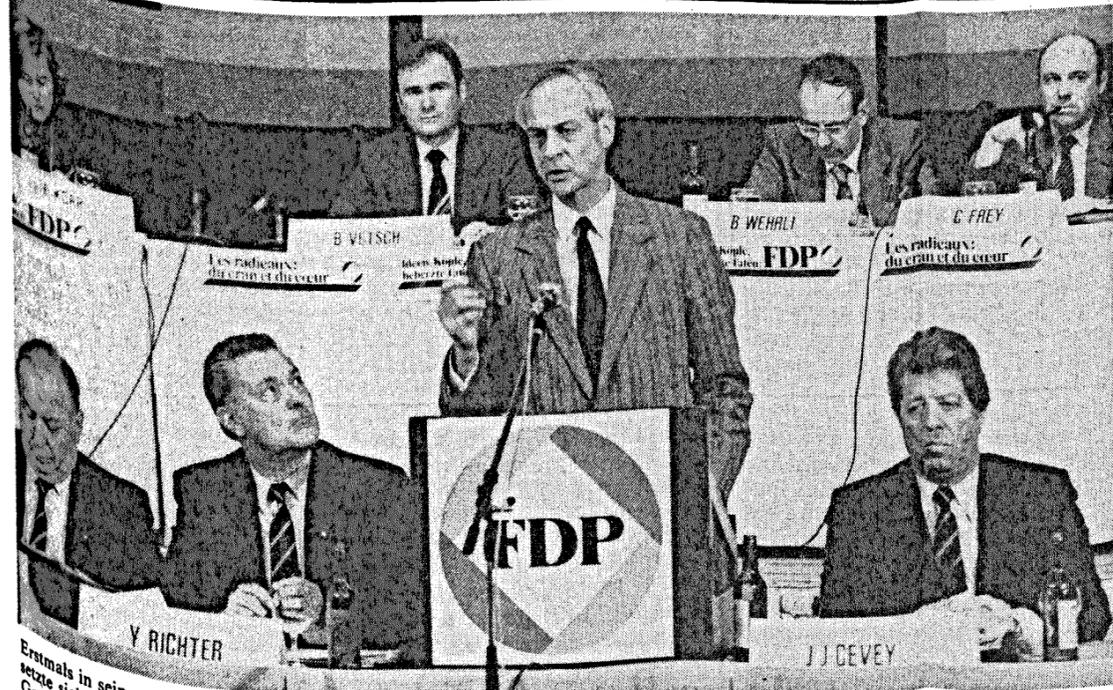


ten, die grundsätzlich die gleichen Ideale anstreben wie wir. Was andererseits die neuen Kandidaten betrifft, müssen wir, nach dem Verzicht einiger unserer Vertreter in den eidgenössischen Räten auf eine neue Kandidatur, innert nützlicher Frist das Nachfolgeproblem lösen.

### Zusätzliche Sitze

Ausserdem wollen wir zusätzliche Sitze erobern und sind zu diesem Zweck auf die kompetentesten Persönlichkeiten angewiesen. Es

Fortsetzung auf Seite 4



Erstmals in seiner neuen Funktion als Bundesrat nahm Rudolf Friedrich an der FDP-Delegiertenversammlung vom Januar teil und setzte sich gleich mit Vehemenz sowohl für den Energieartikel als auch die Treibstoffzollvorlage ein. Friedrich wird umrahmt von hineren Reihe die Teilnehmer des Rundtischgesprächs über die Neuregelung bei den Treibstoffzöllen: Nationalrätin Elisabeth Kopp, Nationalrat Burkhard Vetsch, der die Diskussion leitete, Bernhard Wehrli, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz, und Nationalrat Claude Frey. (Foto Ruti)

# Sparen? Dann zur SKA.



Die Schweiz hat das Nachsehen

## Wenn sich der Richter selbst bestraft

Bereits vorhandene gesetzliche Regelungen zwingen die Schweiz in eine Richterfunktion über andere Staaten. Typisches Beispiel hierfür bilden die Bestimmungen über die Waffenausfuhr. — Politische Schritte zielen nun darauf ab, auch in der Frage der Auslandsgelder die Schweiz zum internationalen Richter zu machen. Vergessen wird dabei, dass sich die Schweiz damit ins eigene Fleisch schneidet, ohne aber an stossenden Zuständen in andern Staaten auch nur das geringste ändern zu können.

Das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial untersagt den Export schweizerischer Rüstungsgüter in Konfliktgebiete und in Staaten, von denen die Annahme besteht, dass sie «die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, beeinträchtigen». Die schweizerischen Behörden haben somit jeden möglichen Kunden unserer Rüstungsindustrie dahingehend zu beurteilen, ob die inneren Zustände «menschenwürdig» sind.

Zu Urteilen soll die Schweiz nun auch auf einem andern Gebiet gezwungen werden. Die SP-Bankeninitiative verlangt, dass die Schweiz gegenüber ausländischen Behörden in «Steuer- und Währungsdelikten» Auskunft erteilen soll, wobei allerdings bei politisch und rassisch verfolgten sowie bei schweren Verfahrensmängeln (z. B. keine rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit) eine Ausnahme zu machen sei.

### Fragwürdige Waffenausfuhrregelung

Niemand wünscht sich einen Krieg herbei, wo auch immer er stattfindet. Doch niemand hat das Recht, einem andern Staat die Selbstverteidigung zu verbieten. Selbstverteidigung aber benötigt Waffen. Mit einer zu engen Handhabung der Waffenausfuhrbestimmungen richtet die Schweiz darüber, ob ein Staat auf Grund seiner inneren Verhältnisse das Recht hat, Waffen zu erwerben. — Fast dieser Staat dann von der Schweiz einen Korb, so dürfte ihn dies allerdings nicht allzu sehr stören. Er wird sich andernorts sicherlich eindecken können.

### Arbeitsplätze und Landesverteidigung gefährdet

Wohin die zu eng praktizierte Auslegung der Waffenausfuhr führt, zeigt sich gegenwärtig nur allzu deutlich: die einheimische Rüstungsindustrie hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die Auslastung ist nicht mehr gewährleistet, Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Doch auch die Armee wird dadurch geschwächt. Denn der zahlenmässig geringe Bedarf an einzelnen Rüstungsgütern bedingt, dass diese exportiert werden können, um durch grosse Produktionszahlen die Stückkosten zu senken. Werden der schweizerischen Industrie die Exportmöglichkeiten durch gesetzliche Massnahmen eingeschränkt, so rentiert die Eigenproduktion nicht mehr, sie muss eingestellt werden. Die Folge davon ist eine noch grössere Auslandabhängigkeit in der Waffenbeschaffung.

### Unmögliches gefordert

Die Richterfunktion Helvetias soll nun aber auch noch auf den Finanzplatz Schweiz ausgedehnt werden, zumindest nach dem Willen der SPS. Wie eingangs erwähnt, will die SP-Bankeninitiative die Auskunftspflicht in Steuer- und Währungsdelikten ge-

genüber ausländischen Behörden einführen. Und wiederum sollen wir urteilen. Die geforderte Urteilsfindung dürfte sich in der Praxis jedoch als unmöglich erweisen. Denn wer ist «rassisch und politisch» verfolgt, für den diese Auskunftspflicht nicht gelten soll? Zudem ändert sich die Situation sehr rasch. Wer heute Verfolger ist, kann morgen schon der Verfolgte sein. — Was sind ferner «schwere Verfahrensmängel»? Wiederum müsste diese Beurteilung im Ermessen der Schweiz liegen.

### Schnitt ins eigene Fleisch

Man könnte nun allerdings einwenden, es sei folglich ein generelles Kapitaleinfuhrverbot oder eine allgemeine Auskunftspflicht einzuführen. Ersteres wäre schlicht unsinnig; die zweite Lösung, die praktisch den SP-Forderungen entspricht, läuft einem liberalen Rechtsempfinden zu-

### Keine neue Erscheinung

## Strukturwandel: Was ist das?

Immer häufiger wird von Strukturwandel gesprochen. Schlagzeilen dazu liefern die angeschlagene Uhrenindustrie sowie die schwierige Lage der Metall- und Maschinenindustrie. Was ist Strukturwandel?

Strukturwandel gibt es seit eh und je; er ist nichts anderes als die Geschichte unserer Wirtschaft. Genau genommen: die Geschichte eines fortwährenden Anpassungsprozesses an die Wettbewerbs- und Marktbedingungen, die sich weltweit ständig verändern.

### Spuren hinterlassen

Ein Blick zurück zeigt, wie sehr die Schweiz allein in diesem Jahrhundert einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen war. Während zu Beginn des Jahrhunderts der primäre Sektor, noch 31% der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigte, fiel der Anteil bis 1981 auf 7%. Ebenfalls rückläufig entwickelte sich der Beschäftigungsanteil des sekundären Sektors nämlich von 43 auf 40%. Eine Zunahme hingegen verzeichnete der Dienstleistungsbereich, der sogenannte tertiäre Sektor. Hier verdoppelte sich der Beschäftigungsanteil von 26 auf 53%.

### Der Strukturwandel von heute...

Strukturwandel ist also keine neue Erscheinung. Neu daran ist allerdings das hohe Tempo, in dem sich der Wandel heute vollzieht. Besonders die rasche technologische Umwälzung durch die Mikroprozessoren gibt soziale und wirtschaftliche Probleme auf. Der Arbeitnehmer sieht sich einer beschleunigten «Entwertung» seiner bisherigen Berufserfahrung gegenüber, und die laufend anzupassenden Produkte und Produktionsverfahren verlangen dem

der. Zudem würden bei uns fremde Gesetze anwendbar, denn die Schweiz kennt den Tatbestand «Währungsdelikt» nicht.

### Will die SP weiterhin Arbeitsplätze gefährden?

Es ist geradezu paradox, dass es just jene Partei ist, die durch ihre Forderungen Arbeitsplätze aufs Spiel setzt, die sich zum Programm das Engagement für die Arbeiter gemacht hat. Kommt dazu, dass diese Forderungen untaugliche Mittel für die angestrebten Ziele sind. Fragwürdige Waffenausfuhrverbote verbessern das Los der Menschen in jenen Staaten nicht. Die Schweiz hat nur das Nachsehen. Ebenso verhält es sich mit einer Verschärfung bezüglich der Auslandsgelder: Vertrieben wird damit die Auslandskundschaft, die andere Finanzplätze suchen und finden wird, derweil der schweizerische Arbeitnehmer das Nachsehen hat. Die geforderten Urteilsprüche wären somit nicht nur sinnlos; der «Richter Schweiz» würde sich sogar noch selbst bestrafen.

Vor allem aber wäre eine solche Massnahme wiederum ein Schnitt ins eigene Fleisch, da dann die Auslandskundschaft in Länder abwandern würde, die weniger «auskunftsfreudig» sind. Der Finanzplatz Schweiz müsste seine internationale Bedeutung verlieren. Arbeitsplatzverluste wären auch in diesem Wirtschaftssektor die Folge. Ebenso würde die schweizerische Industrie davon betroffen. Denn wenn den Banken weniger Mittel zur Verfügung stehen, so könnten sie auch weniger Kredite für Investitionen, Forschung, Exportfinanzierungen aufwenden.

Unternehmer bedeutend höhere Investitionsrisiken ab.

Beide müssen in einer Zeit schnellen Wandels Entscheidungen treffen, die morgen womöglich bereits wieder überholt sind. Eine Herausforderung, der allein mit Initiative, Anpassung und Mobilität der Unternehmer und Mitarbeiter begegnet werden kann. Nur die ständige Anpassung des Arbeitsplatzes Schweiz an die Gegebenheiten von Gegenwart und Zukunft im internationalen Konkurrenzkampf sichern dessen Fortbestehen.

### ... ist eine ständige Herausforderung

Wohin es führt, wenn der Anschluss an die Weltwirtschaft verlorengeht, zeigt auf eindrückliche Weise die schweizerische Uhrenindustrie. Hier gingen innert eines Jahrzehnts mehrere zehntausend Arbeitsplätze verloren. Und zwar nicht infolge eines technisch bedingten Strukturwandels innerhalb der eigenen Branche, sondern im Gegenteil, weil gerade auf die Herausforderung veränderter Marktbedingungen nicht früh genug eingegangen wurde (Wechsel von der mechanischen zur elektronischen Uhr). Ein Beispiel dafür, dass Arbeitsplätze gerade durch veraltete Strukturen mehr gefährdet sind denn durch den Strukturwandel selbst.

Auch für die kommenden Jahre ist mit weiteren Strukturpassungen zu rechnen. Die Voraussetzungen für ein Mithalten unserer Wirtschaft sind jedoch gut. Die Schweizer Wirtschaft verfügt über genügend Wissen und Kapital, um die Herausforderung von morgen anzunehmen.

## Vorschau auf die Frühjahrsession

Auf der Traktandenliste der Frühjahrsession der eidgenössischen Räte (28. Februar bis 18. März) können folgende Geschäfte stehen (die definitive Traktandenliste liegt noch nicht vor):

### Nationalrat

**1. Begonnene Geschäfte**  
Pa. Iv. Arbeitnehmerschutz  
Wust (Energiebesteuerung)  
Pa. Iv. Institut für Konfliktforschung  
Pa. Iv. Verantwortlichkeit von Presse, Radio und Fernsehen  
Pa. Iv. Strassenverkehrsgesetz, Wohnquartiere  
Pa. Iv. BV. Unternehmensrecht  
Pa. Iv. Bestellung der parlamentarischen Kommissionen  
Krankenversicherung, Teilrevision  
Grundstückwerb durch Ausländer und Ausverkauf der Heimat, VI  
Genossenschaft für Getreide und Futtermittel, BG  
Uno. Beitritt der Schweiz  
Banken-Initiative  
ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht  
Kartellgesetz, Revision  
Radio- und Fernsehen, Beschwerdeinstanz  
Bundesverfassung (Radio- und Fernsehartikel)  
Bund und Kantone, Neuverteilung der Aufgaben  
Kernkraftwerk Kaiseraugst, Rahmenbewilligung  
Pa. Iv. Autobahngebühren  
Bundesverfassung (Schwerverkehrsabgabe)  
Kernenergiehaftpflicht, BG

### 2. Neue Geschäfte

Ferien, Volksinitiative und Revision  
OR  
Schutz der Kleinhandl. Volksinitiative  
Schutz der Mutterschaft, Volksinitiative

### Ständerat

**1. Begonnene Geschäfte**  
Landwirtschaftliche Pacht, BG  
ZGB. Persönlichkeitsschutz  
Zivildienst, Volksinitiative  
Konsumkreditgesetz  
Umweltschutzgesetz  
Pa. Iv. Parlamentsreform  
Forschungsgesetz  
Pa. Iv. Stellenplanung, BG  
Atomgesetz, Verlängerung des Bundesbeschlusses  
Verrechnungssteuergesetz  
BV (Schweizer Bürgerrecht)

**2. Neue Geschäfte**  
Ausgleich der kalten Progression

## Sehr niedrige schweizerische Zollbelastung

Die durchschnittliche Zollbelastung der in der Schweiz importierten Waren hat sich im Verlauf der vergangenen fünfzehn Jahre um zwei Drittel vermindert: 1966 betrug sie 9,4%, 1981 lediglich 3,1%. Praktisch unbelastet sind gemäss den letztjährigen Zahlen Rohstoffe und Halbfabrikate sowie Investitionsgüter (je 0,5%). Bei den Konsumgütern (inkl. landwirtschaftliche Produkte) betragen die Importzölle im Mittel 3,5% des Warenwerts, bei den Energieträgern dagegen 14,5% (ohne Treibstoffzuschläge). Schliesst man letztere aus, so reduziert sich die Durchschnittsbelastung der Importe auf 1,6%. Obwohl die Zölle auf Energieimporten reine Fiskalzölle sind und deshalb nicht in den im Rahmen des Gatt, der Efta und mit der EWG vereinbarten Zollabbau einbezogen wurden, hat ihr prozentuales Gewicht in den siebziger Jahren sogar überdurchschnittlich abgenommen, denn 1970 betrug die Zollbelastung der Energieträger noch 53,2%. Ursache dafür ist das schweizerische Zollsystem, bei dem der Zolltarif auf eine Mengeneinheit (und nicht auf den Wert) bezogen ist und deshalb bei steigenden Preisen effektiv sinkt.

## Detailhandel im Sog staatlicher Bürokratie

### Nationalfonds soll Belastung abklären

Von Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident der Arbeitsgruppe Detailhandel der FDP der Schweiz, Bühler AR

Die Konzentration im Detailhandel hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Vor allem im Lebensmittelhandel ist das «Lädelersterben» noch immer ausgeprägt — ein Grund für Politiker aller Schattierungen, zugunsten der Erhaltung der dezentralen Versorgungsstrukturen zu plädieren.

Auch die FDP der Schweiz hat sich im Rahmen ihrer «Arbeitsgruppe Detailhandel» sehr eingehend mit den versorgungspolitischen und strukturellen Auswirkungen dieses fortlaufenden Konzentrationsprozesses auseinandergesetzt und Massnahmen vorgeschlagen, die vor allem darauf abzielen, den gewerblichen Handel gegenüber den grossen Verteilerorganisationen in bezug auf seine Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Eine wirksamere «Hilfe zur Selbsthilfe» sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Handel sind dabei für die FDP der Schweiz die hauptsächlichsten Aktionsachsen zur Bremsung des folgenschweren Konzentrationsprozesses, der letztlich auf eine Verarmung der schweizerischen Einkaufslandschaft hinausläuft.

Die Wettbewerbssituation der gewerblichen Detaillisten könnte u. a. durch einen Abbau der administrativen Auflagen verbessert werden. Hierin liegt ein Kernproblem im schweizerischen Handel. Die Belastungen der Detailhandelsbetriebe durch administrative Leistungen, welche

diese vom Staat in zunehmendem Masse überbürdet erhalten, beeinträchtigen den einzelnen Detaillisten immer mehr in seiner ursprünglichen Unternehmer- und Händlerfunktion und damit in seiner Wettbewerbsfähigkeit. Durch neue umwelt- und konsumentenschutzbedingte bürokratische Auflagen wird diese Belastung auch in Zukunft weiter anwachsen.

Es wäre deshalb nach Ansicht der «Arbeitsgruppe Detailhandel» der FDP der Schweiz von ausserordentlicher Bedeutung, die Folgen dieser administrativen Belastungen für die Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit des gewerblichen Detailhandels einer näheren und wissenschaftlich fundierten Prüfung zu unterziehen. Eine Gelegenheit dazu könnte im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 9 «Mechanismen und Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft und deren soziale Auswirkungen» des Schweizerischen Nationalfonds ergriffen werden. Es wäre jedenfalls verdienstvoll, wenn im Rahmen des erwähnten Forschungsprogramms die Belastung von Detailhandelsbetrieben durch administrative Leistungen für den Staat als Forschungsobjekt aufgenommen werden könnte, damit über das Verhältnis zwischen Staatsbürokratie und gewerblichem Detailhandel einmal wissenschaftlich fundierte Klarheit bestände.

Mit freisinnigen Stadtpräsidenten im Gespräch

**Werner Bircher: «Ich bin stolz auf die Hauptstadtfunktion von Bern».**

Bern ist eine Beamtenstadt, eine Stadt voller Büros. Aber keines liegt schöner als das des Stadtpräsidenten. Im Erlacherhof, dem reizvollen Stadtpalais an der gepflegten Junkerngasse, liegt es im ersten Stock. Zwei Fenster geben den Blick auf die «hängenden Gärten», die Aareschwelle und den gegenüberliegenden Grünhang frei. Das Büro selber ist kleiner als das manches Chefbeamten und eher zufällig möbliert. Der Widerspruch zwischen äusserer und innerer Lage springt in die Augen und legt dem Interviewer, Peter Schindler, die erste Frage auf die Zunge.

**Hat der Berner Stadtpräsident Probleme mit dem inneren Zustand der Stadt?**

Werner Bircher: Aber sicher. Bern leidet wie die meisten Kernstädte unter den rapid zunehmenden Zentrumsproblemen. Getragen werden diese Probleme einer wachsenden und bevölkerungsmässig weniger Steuerzahlern; denn die Zentren entvölkern sich. In Bern wird die Lage dadurch akzentuiert, dass wir Landes- und Kantonshauptstadt sind, also Sitz von Verwaltungen, welche keine Steuern zahlen.

**Sie leiten ja neben der Präsidentschaft auch noch die Ressortverantwortung als Finanzdirektion.**

Natürlich schlagen sich die Probleme auch in den Finanzen nieder. Aber Berns Probleme liegen nicht nur bei den Finanzen, sondern bei der Entwicklung ganz allgemein. Zum Beispiel beim Verkehr. Bern hat zwischen 1970 und 1980 rund 17 000 Einwohner verloren. Bei 142 000 Einwohnern verfügt die Stadt über 126 000 Arbeitsplätze. Dies führt zu einem grossen Pendlerstrom mit rund 60 000 Personen pro Tag.

Immisionen aus dem Individualverkehr und Folgen des Wohlstandes führten zum Auszug aus der Stadt. Pro Person und Jahr hat sich der Flächenbedarf für das Wohnen um 0,9 Quadratmeter vergrößert. Trotz stetiger Zunahme der Wohnungszahl finden immer weniger Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt angemessene Wohnungen. Immer weniger Steuerzahler müssen die Lasten für Leistungen tragen, welche bis weit über die Gemeindegrenzen hinaus reichen.

**Tragen denn die wohlhabenden Aussengemeinden nicht mit?**

Sicher, über den Verein für die Zusammenarbeit in der Region Bern wurden auf freiwilliger Basis bereits verschiedene gute Resultate erzielt. Es wird aber noch grosse Anstrengungen erfordern, bis eine ausreichende Abgeltung der städtischen Leistungen erreicht ist, denn heute erhält die Stadt nicht etwa einen angemessenen Lastenausgleich aus der Region, sondern bezahlt an den direkten kantonalen Finanzaus-

gleich noch rund 8 Mio. Franken pro Jahr. Ohne verbesserten regionalen Ausgleich wird die Stadt in Zukunft Mühe haben, ihre Leistungen auf dem heutigen Niveau zu halten.

Der Wegzug von mehr als 10 Prozent der Einwohner führt zu einer Desintegration der Bevölkerung. Altersmässig, wie nach sozialer Schichtung betrachtet, ergibt sich mehr und mehr ein Ungleichgewicht. Städte werden, das bestätigen mir auch Kollegen aus anderen Städten, zu Magneten für soziale Problemfälle.

**Bern galt lange Zeit als recht immun gegen Jugendunruhen.**

Es mag zutreffen, dass in Bern Probleme, die in anderen, vorwiegend grösseren Städten viel Aufsehen erregten, schwächer, weniger schmerzhaft und verspätet auftreten. Die Jugendunruhen der letzten Jahre allerdings machten Behörden und Bevölkerung schwer zu schaffen und haben ihre Spuren hinterlassen. Dabei hat ein kürzlich aufgestellter Katalog eindrücklich gezeigt, dass in unserer Stadt zahlreiche Jugendeinrichtungen bestehen, welche

**Werner Bircher**

Geboren: 28. Juli 1928  
Verheiratet, fünf Kinder im Alter von 13 bis 31 Jahren, eines ist gestorben.

Gelernter Beruf:  
Mechaniker, Ing. HTL. Zuletzt Mitglied der Direktion Gfeller AG.

Politische Karriere:  
1960 Präsident der FDP-Sektion Bümpliz.  
1965 Stadtrat (Legislative).  
1973 Stadtratspräsident.  
1975 Gemeinderat (Exekutive).  
1979 Stadtpräsident.

Hobbies: Flöte, Trompete, Schwyzerörgeli, Sendeamateur mit eigener Station.

zum Teil besser genutzt werden könnten. Auch wenn wir bedenken, dass in einer Gemeinde mit einer Fläche von 52 Quadratkilometern Grün- und Erholungsflächen einen Anteil von 40 Quadratkilometern umfassen, so müssten wir daraus schliessen, dass es um fehlende Frei- und Freizeiträume nicht so schlimm bestellt sein dürfte, wie man uns das ständig weismachen will. Als lautstark die Reithalle als autonome Begegnungsstätte für Jugendliche gefordert und fehlende Freiräume beklagt wurden vergassen nicht nur die Medien, dass in Bern seit rund einem Dutzend Jahren in den Gaskesseln ein selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum besteht. Ein Zentrum, das heute problemlos funktioniert, nachdem die zahlreichen Anfangsschwierigkeiten den jugendlichen Verantwortlichen als Lernprozess einiges abforderten.

Die jüngsten bewegten Jahre haben in mancher Hinsicht zum Nachdenken angeregt. Einmal mehr mussten wir aus Fehlern lernen. Zu leicht wurden Modeströmungen mit echten Anliegen verwechselt und zu bereitwillig Erklärungen und Ursachen gefunden für zerstörerisches und aggressives Verhalten. Man kommt



Werner Bircher, freisinniger Stadtpräsident von Bern: «Ich persönlich bin stolz auf die Hauptstadtfunktion unserer Stadt. Neben den grossen Lasten, die wir als Bundes- und Kantonshauptstadt zu tragen haben, profitieren wir ja auch davon. Hätte Bern mehr Industrien, könnte es heute kaum mehr als schöne Stadt im Grünen bezeichnet werden.» (Foto: Ruti)

um den Eindruck nicht herum, Jugendprobleme würden von gewissen Gruppierungen als bequemes Mittel zur Verfolgung eigener Ziele missbraucht, wobei es ihnen dienlicher sei, Dauerprobleme anzuprangern, als Lösungen zu finden.

**Leidet Bern darunter, dass es die riesigen eidgenössischen und kantonalen Verwaltungen beherbergt, statt steuerträchtiger Grossindustrien?**

Es gibt Leute, welche aus Gründen der Steuerkraft lieber mehr Industrien sähen. Ich selber bin stolz auf die Hauptstadtfunktion. Neben den grossen Lasten, die wir als Bundes- und Kantonshauptstadt zu tragen haben, profitieren wir ja auch davon. Wir sind z. B. weniger konjunkturabhängig. Wäre Bern eine Industriestadt, könnte es heute kaum als schöne Stadt im Grünen bezeichnet werden, wie das viele Besucher und Touristen immer wieder tun. Wichtig scheint mir eine vernünftige Mischung von Wohnraum, Verwaltungen, Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbetrieben.

**Als Präsident des Schweizerischen Städteverbandes können Sie das gewiss am besten beurteilen. Was tut dieser Verband?**

Der Städteverband vertritt die Interessen von 120 Städten und Agglomerationsgemeinden, also von rund 50 Prozent der Landesbevölkerung, in dem Sinne, dass er Veränderungen auf Bundesebene nach ihren Auswirkungen auf die Stadt- und Agglomerationsgemeinden prüft und wenn erforderlich unterstützt oder bekämpft. Der Verband versteht sich auch als Dienstleistungs- und Informationsstelle, die den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern fördert und als ihr Sprachrohr dient.

**Würden Sie bitte ein Beispiel nennen?**

Zusammen mit dem Städteverband hat der Städteverband die Auswirkungen der neuen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die Gemeinden gesamthaft gesehen stärker verschuldet sind als der Bund. Eine Sanierung der Bundesfinanzen darf also nicht einfach bis auf die Gemeindeebene verschoben werden.

**Schlägt sich die Verschlechterung des politischen Klimas, wie sie teilweise aus Ihren Antworten hervorgeht, auch in Ihrer Kollegialbehörde nieder?**

Die allgemeine Klimaverschlechterung ist die Folge eines radikalierenden Umweltbewusstseins und St.-Florian-Denkens, das besonders von Randgruppen geschickt für eigene «Zwecke» eingesetzt wird. Umweltbelastungen akzentuieren die Probleme in Kernstädten und führen hier zu verhärteten Fronten in der politischen Landschaft. Glücklicher-

weise war bis heute der Niederschlag im Gemeinderat (Exekutive) weniger zu spüren als in anderen politischen Gremien.

**Also hat die Gemeinderatspolitik weder quantitativ noch qualitativ zugenommen?**

Der Gemeinderat hat sich in verschiedenen Klausursitzungen mit Zielsetzungen für die Stadtentwicklung befasst. Seit einem Jahr führt er monatlich ganztägige Sitzungen durch, welche es ermöglichen, wiederum vermehrt Grundsatzzfragen zu behandeln. Unter dem Druck der zunehmenden Geschäftslast im Gemeinderat, als Folge von immer mehr Vorstössen aus Parlament und Bürgerschaft, reichte die früher übliche Zeit dazu nicht mehr.

**Sind Sie persönlich als Stadtpräsident, Finanzdirektor und Präsident des Städteverbandes nicht überlastet?**

Stark belastet schon. Denn neben der Arbeit im Büro, den Gemeinderats-, Stadtrats- und Fraktionsitzungen muss ich zahlreiche Veranstaltungen besuchen. Ich lege mir grösste Zurückhaltung auf, sonst wären es viel mehr. Dabei möchte ich den Nutzen der Repräsentation, als Gelegenheit zur Kontaktpflege mit dem Bürger nicht unerwähnt lassen.

**Sollten Sie nicht im eidgenössischen Parlament Einsitz nehmen, um Bern und den Städteverband wirkungsvoll zu vertreten?**

Gegenwärtig sind in der Stadt Bern verschiedene wichtige Probleme zu lösen, welche die uneingeschränkte Präsenz des Stadtpräsidenten erfordern. Zusammen mit dem Präsidium des Städteverbandes ergibt dies ein wohldotiertes Pflichtenheft. Dem Status der Bundesstadt verdankt Bern besonders enge Beziehungen zwischen den Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden. Viele Probleme können deshalb in direktem Kontakt diskutiert und gelöst werden, ohne dass der Stadtpräsident selber unbedingt Mitglied des einen oder andern Parlamentes sein muss. Dies auch weil der Gemeinderat zurzeit sowohl im Bundes- wie im Kantonsparlament vertreten ist.

**Dann haben Sie keine Zeit für Hobbies?**

Doch, aber zuerst kommt noch meine Familie. Ich fahre, wenn immer möglich, zum Mittagessen nach Hause. Früher spielte ich im Orchester des Stadturnvereins, jetzt packe ich die Flöte, die Trompete und das Schwyzerörgeli nur noch im stillen Kämmerlein aus. Und die Sendeanlage, die ich mir als eifriger Kurzwellenamateur seinerzeit gebastelt habe, steht doch sehr viel mehr still als früher. Die Wochenenden bringt meine Familie — leider eher selten — in einer Wohnung am Thunersee, wo wir wandern und segeln.

**Lieber Leser**

Wieder steht uns ein eidgenössischer Urnengang bevor. Volk und Stände haben über den Energieartikel und die Neuordnung bei der Treibstoffzollvorlage zu befinden. Innerhalb der FDP Schweiz ist der Meinungsbildungsprozess mit der Parolenfassung der Delegiertenversammlung vom 22. Januar abgeschlossen worden. Nach der nicht gerade überzeugenden Stimmfreigabe der Sozialdemokraten war die FDP die erste Bundesratspartei, die sich aus voller Ueberzeugung hinter die beiden Abstimmungsvorlagen stellt.

Dass die FDP nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in den Exekutiven kluge Köpfe stellt, dürfte nachgerade bekannt sein. Wer aber — ausser den Bewohnern der jeweiligen Gemeinden — kennt schon die zahlreichen freisinnigen Stadtpräsidenten? In einer in loser Folge erscheinenden Serie wird Ihnen der «Freisinn» diese Magistraten und ihre Freuden und Leiden vorstellen. Den Anfang machen wir in dieser Nummer mit dem Stadtpräsidenten der Bundesstadt, Werner Bircher.

Das ganze Jahr aktuell bleiben für uns die eidgenössischen Wahlen vom kommenden Oktober, auf die Parteipräsident Yann Richter an der FDP-Delegiertenversammlung Bezug nahm und die er auch in seinem Leitartikel auf Seite 1 streift. Seinen mahnenden Worten, die Partie für noch nicht gewonnen zu betrachten, gibt es eigentlich nichts beizufügen.

Für Schlagzeilen sorgte in den vergangenen Tagen der Bundesrat, der nach relativ kurzer Zeit ein noch unter der Aegide von Fritz Honegger vorbereitetes und von seinem Nachfolger im Volkswirtschaftsdepartement fertiggestelltes Programm zur Stärkung unserer Wirtschaft unterbreitete. Dieses Massnahmenpaket ist auch seitens der FDP grundsätzlich befürwortet worden, wenn auch von unserer Seite bedauert werden musste, dass ein zentrales Anliegen im Papier der vier Bundesratsparteien, die Verbesserung der Rahmenbedingungen (Massnahmen im Gebiete steuerlicher Erleichterungen, Abbau administrativer Auflagen und vieles andere mehr) noch nicht berücksichtigt wurde. Mit besonderer Sorgfalt werden wir das in diesem Monat in die Vernehmlassung zu schicken zweite Paket unter die Lupe nehmen, das neben einer Verbesserung des regionalpolitischen Instrumentariums auch die sogenannte Innovationsrisikogarantie enthalten wird.

*Lenn Lorenz*

## Der kürzeste Weg vom Zeitpunkt der Baudee bis zum Zeitpunkt der Übergabe des schlüsselfertigen Objektes heisst: Geilinger.

Wir helfen Ihnen, bei der Planung und Realisierung von Industrie- und Verwaltungsbauten Zick-Zack-Kurse zu vermeiden, und garantieren für einen gradlinigen Ablauf: von der Baudee über das Projekt bis zur schlüsselfertigen Auslieferung. Punkt für Punkt.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau  
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34  
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31

**GEILINGER**

**Spross**

Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG  
Zürich  
01-4 62 62 62

Fortsetzung von Seite 1

ist eine der grossen Stärken der FDP, immer in grosser Zahl auf allen Ebenen Frauen und Männer mit Herz und Verstand zur Verfügung zu haben. Damit ist gesagt, dass ich im Hinblick auf die notwendige Rekrutierung grosses Vertrauen in die kantonalen Parteien setze.

Die Umfrage, auf die ich soeben hingewiesen habe, gibt mir noch zu einer weiteren Ueberlegung Anlass. Diese Umfrage weist im wesentlichen auch auf den Erfolg jener Ideen hin, die man als liberal im weitesten Sinn bezeichnen kann. Ist dies nicht ein Zeichen, dass die sich vergrössernde liberale Familie, in der wir immer die Leaderfunktion gespielt haben, ihre Kräfte vorteilhafterweise vermehrt zusammenspannen sollte? Ohne hier — was mir mein Amt nicht erlaubt — im Detail auf kantonale Angelegenheiten einzutreten, sei mir der Wunsch erlaubt, dass unsere Position in den kommenden Monaten vermehrt dadurch gestärkt wird, dass wir im Rahmen unserer grossen Familie alle Möglichkeiten zu Wahlbündnissen wahrnehmen.

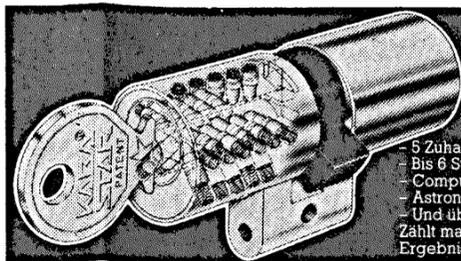


## Leserbriefe

### Natur- und Heimatschutzverbände gegen Neuregelung der Treibstoffzölle

Zur Volksabstimmung vom 27. Februar schreibt Christian Beusch in seinem Artikel über die Neuregelung der Treibstoffzölle: «Zahlreiche Verbände des Natur- und Heimatschutzes stellen sich ebenfalls hinter die Neuregelung. Opposition kommt jedoch von einzelnen „grünen“ Gruppierungen, die die Belange des Umweltschutzes zu wenig berücksichtigt finden.» Nun, wer belebt denn so die Schweizer Natur- und Heimatschutz-Szene? Da gibt es den Schweizerischen Bund für Naturschutz (SBN), die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), den World Wildlife Fund (WWF), den Schweizer Heimatschutz (SHS), den Rheinau-Bund und noch viele andere. Es wäre mir allerdings sehr neu, wenn diese Verbände als «einzelne „grüne“ Gruppierungen» anzusprechen wären. Und noch viel neuer wäre für mich, wenn auch nur eine einzige dieser Organisationen sich für die Neuregelung der Treibstoffzölle ausgesprochen hätte! Mit anderen Worten: die ideellen Vereinigungen stellen sich entweder deutlich gegen die Vorlage — oder sie enthalten sich jeder Parole (wie der SBN und der SHS). In zustimmendem Sinne hat sich nie auch nur eine einzige der genannten Natur- und Heimatschutzorganisationen geäussert.

Christian Schmidt,  
Winterthur



## KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.
- Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



**BAUER KABA AG**

Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1  
Tel. 01/931 61 11  
Telex 875481



### Ihre Privatbank

für internationale Handelsgeschäfte  
und Vermögensverwaltung

## BANK FÜR HANDEL UND EFFETEN

Talacker 50, 8039 Zürich  
Telefon (01) 211 46 90

FIFDP70081

### Introduction

Die Partnerwahl  
für Anspruchsvolle seit 1956.

Frau M. Th. Kläy  
Neugasse 45, 3001 Bern  
Telefon 031/22 21 12

Verbindungen zur BRD,  
zu Österreich, Skandinavien,  
Kanada und den USA.  
Agentur in Australien.

Verlangen Sie die Unterlagen.  
Kein Vertreterbesuch.

10 Minuten ab Stadtgrenze Zürich, an ruhiger, idyllischer und erhöhter Lage, am Rande des Waldes, mit Sicht auf Zugensee und Blick in die Alpen, wird

### 7½-Zimmer-Rustica-Villa

mit überdurchschnittlichem Ausbau und Komfort, grosser Doppelgarage und ca. 2000 m<sup>2</sup> Umschwung zum Kauf angeboten. Preis: 1,45 Mio. Franken.

**INTERCITY**  
Immobilien AG  
5616 Meisterschwanden / 057/2712 50



St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

**Dank Erfahrung  
in der Praxis  
lösen wir auch  
heikle  
Vertragsprobleme.**

## Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TELEFON 01 316 13 00

# Weiterbildung für Sie. Für den Chef.

## Der aktuelle Kommentar



Immer deutlicher stellt sich heraus, dass jene Unternehmungen die Bewährungsprobe der gegenwärtigen Wettbewerbsverschärfung bestehen, die flexibel genug sind, sich den veränderten Umweltbedingungen rasch und erfolgreich anzupassen, ja sie vielleicht sogar vorwegzunehmen. Denn wir haben es nicht bloss mit struktureller Arbeitslosigkeit, sondern auch mit der Notwendigkeit zu Strukturereinigungen innerhalb der Firmen zu tun.

Prof. Dr. E. Küng

Der Wettbewerb um Laufbahn und Erfolg ist härter geworden. Entscheidend für die berufliche Weiterentwicklung und Selbstentfaltung ist die Bereitschaft, permanent neue Qualifikationen zu erwerben. Die gezielte Weiterbildung ist zur Notwendigkeit geworden — vor allem für den Vorgesetzten. Zudem gilt es, aus dem immer grösser werdenden Wissensangebot das auszuwählen, was das persönliche Fortkommen sinnvoll unterstützt. Eine Zusatzausbildung soll bedarfsgerecht und praxisnah auf die künftige Wirtschaftsentwicklung ausgerichtet sein. OEKREAL ist seit Jahren spezialisiert auf die Aus- und Weiterbildung von Kadern aus Industrie, Dienstleistung, Gewerbe und Handel. Der Programm-Aufbau im Modular-System bietet Gewähr für ein Studium, das in Bezug auf Vorkenntnisse, Dauer und Intensität weitgehend auf Ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Die Studienprogramme können nebenberuflich absolviert werden und schliessen mit höherem eidg. Fachdiplom resp. Management-Diplom ab. Lassen Sie sich mit untenstehendem Talon ausführlich und unverbindlich informieren.

### Interdisziplinäre Nachdiplom-Studien

- Master of Business Management (MBM)
- Wirtschafts-Ingenieur
- Verkaufs-Ingenieur

### Studienprogramme mit Diplom-Abschluss (dipl. oek. resp. eidg. dipl.)

- Projekt- und Produkt-Manager
- Verkaufsleiter
- Marketingleiter
- Technischer Kaufmann
- Betriebsökonom
- Controller

### Fachseminare und Arbeitstagungen

- Kaderseminar für Klein- und Mittelbetriebe
- Innovative Unternehmensführung
- Erfolgsstrategien
- Verkaufs-Intensivtraining
- Kommunikation und Durchsetzungsvermögen
- Angewandtes Marketing

### Sprachseminare (E/F/I/Sp)

Der Zwei-Phasen-Unterricht bei OEKREAL ist eine Kombination von Direktunterricht mit animierenden Sprachtrainern und Einsatz eines portablen Sprachlabors, mit dem Sie zu Hause üben können. Diese Lernmethode erlaubt ein individuelles Tempo, befreit von Sprachhemmungen und sichert Ihren Erfolg.

- Basis-Seminare in Englisch/Französisch/Italienisch/Spanisch
- Englisch und Französisch super intensiv
- Let's talk Business/Parlons affaires

### Individual-Unterricht

Hochqualifizierte Lehrkräfte bringen Sie schnell und sicher an Ihr individuelles Lernziel.

### Firmeninternes Sprachtraining

In Zeit, Umfang und Vorkenntnissen ganz Ihren Bedürfnissen angepasst, bereichert mit dem Wortschatz aus Ihrer Branche, werden die Teilnehmer aufgabenspezifisch geschult (Rollenspiele, Verkaufsverhandlungen, Instruktionsgespräche usw.).

## OEKREAL

Zürich: Schützengasse 4  
8001 Zürich  
Tel. 01 211 60 60

Winterthur: Stadthausstr. 135  
b. Bahnhof  
8400 Winterthur  
Tel. 052 22 44 45

OEKREAL-Management-Zentrum  
Rektor  
A. Stähli, lic. oec. publ.

OEKREAL-Kuratorium  
Präsident der Prüfungskommission  
Prof. Dr. W. Fleming  
Vizepräsident  
Prof. Dr. J. Krulis-Randa,  
Universität Zürich

OEKREAL-Studiengruppe  
zur Koordination von Wirtschaft  
und Wissenschaft  
Präsident  
Prof. Dr. E. Küng, St. Gallen

**Talon** für unverbindliche Information über folgende(s) Programm(e):

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Beruf/Stellung: \_\_\_\_\_ evtl. Firma: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Tel. Geschäft: \_\_\_\_\_ Tel. privat: \_\_\_\_\_  
Bitte einsenden an OEKREAL, Postfach, 8023 Zürich, oder  
OEKREAL, Postfach, 8401 Winterthur (Kein Vertreterbesuch)

*St. Moritz*

**Eigentumswohnungen «CHAVALUS»**

Zwischen St. Moritz-Dorf und der Villenzone im Gebiet «CHAVALUS» erstellen wir zwei exkl. Wohnhäuser mit individuellen Eigentumswohnungen.

Planung - Ausführung - Verkauf:  
**Architektur-Planungsbüro  
Peter Thoma  
CH-9000 St. Gallen**  
St. Jakobstrasse 16, 7000 Schaffhausen  
Tel. 004171 25 86 77

- unverbaubare Aussicht auf Alpenpanorama mit Murali
- ruhige Wohnlage
- Finanzierung durch Schweizer Grossbank geregelt

1½-Zi.-Wng Fr. 309 500.—  
2½-Zi.-Wng Fr. 353 430.—  
4½-Zi.-Wng Fr. 706 440.—  
3½-Zi.-Wng Fr. 619 460.—  
4½-Zi.-Wng Fr. 791 840.—  
\*Maisonnette-Wohnung

St. Moritzersee und Alpenpanorama

**Treibstoffzölle: Auch Umweltschutz und öffentlicher Verkehr profitieren**

## Fehlkalkulation der Umweltschutzorganisationen

Die Organisationen des Umweltschutzes bekämpfen die Zweckerweiterung der Treibstoffzölle, über die das Schweizervolk am 27. Februar abzustimmen hat. Bekanntlich will die Abstimmungsvorlage den für die Nationalstrassen nicht mehr benötigten Benzinzollzuschlag erweiterten Zwecken zuführen, auch solchen des Umweltschutzes und Zielsetzungen im Randgebiet zwischen privatem und öffentlichem Verkehr. Rund 100 Mio. Franken jährlich sollen zusätzlich in die Bundeskasse fallen, und etwa 400 Mio. werden mit der erweiterten Zweckbindung den Kantonen zukommen. Nationalrat Hans Georg Lüchinger (Wettswil) warnt in nachfolgendem Artikel deshalb vor einem «emotionalen Grundsatzentscheid gegen Auto und Strasse».

Den Freunden des Umweltschutzes ist dahin recht zu geben, dass die geltende Verkehrsfinanzierung unbefriedigend ist. Für den Strassenbau besteht über die Treibstoffzölle ein weitgehender Finanzierungsautomatismus, während der öffentliche Verkehr mählsam über allgemeine Staatsmittel gefördert werden muss. Es entspricht aber einer groben Fehlüberlegung der Umweltschützer, wenn sie behaupten, dass die zehrenden Mittel einfach in noch mehr neuen Strassen investiert werden. Die den Kantonen zusätzlich zufließenden Mittel werden vielmehr zum Abbau der immer noch hohen Zuschüsse verwendet werden, welche aus allgemeinen Steuererträgen an die Strassenkosten beigesteuert werden.

### Frei werdende Mittel für andere Aufgaben

Auf Grund der Zahlen der letzten publizierten Strassenrechnung von 1980 machen diese Zuschüsse der Kantone insgesamt rund 500 Mio. Franken pro Jahr aus, die entsprechenden Beiträge der Gemeinden sogar 1,15 Mia. Durch die Reduktion dieser Beiträge werden Mittel für andere Staatsaufgaben frei, zum Beispiel für den Umweltschutz. Die Kantone können im übrigen die 400 Mio. schon darum nicht in noch mehr Strassen investieren, weil sie mit einer Kompensation dieser zusätzlichen Einnahmen durch die Uebertragung anderer, bisher vom Bund finanzierter Lasten rechnen müssen.

Die Verwerfung der Treibstoffzoll-Vorlage hätte zur Folge, dass der Liter Benzin etwas über 10 Rappen billiger würde. Und diese Verbilligung würde mit einem Einnahmenverzicht von rund 500 Mio. Franken bei Bund und Kantonen erkauft.

Es ist zu erwarten, dass die Kreise des Umweltschutzes unter Ignorierung dieser finanzpolitischen Realitäten für den 27. Februar zu einem emotionalen

Grundsatzentscheid gegen Auto und Strasse aufrufen werden. Sie werden die Illusion nähren, man könne nach einem Abstimmungserfolg mit einer neuen Vorlage die an sich wünschbare Mitfinanzierung des öffentlichen Verkehrs durch den Automobilisten durchsetzen. Glaubt man wirklich, dass eine Mehrheit der Stimmbürger bereit sein wird, in ein paar Jahren in einer neuen Volksabstimmung auf die dann bereits zur Gewohnheit gewordene Verbilligung ihres Autotreibstoffes wieder zu verzichten?

Die schweizerische Referendumsdemokratie zwingt uns immer wieder, in umstrittenen Sachfragen eine tragfähige Volksmehrheit zu finden. Dogmatische Grundsatzentscheide haben da wenig Chancen. Es ist aber gerade ein Merkmal unserer Zeit, dass immer häufiger sektorielle

Interessen mit einem geradezu absoluten Ausschliesslichkeitsanspruch vertreten werden. In der Regel scheidet eine solche Dogmatik dann am nüchternen Prag-

matismus der schweizerischen Politik. Gerade darum ist es bedauerlich, dass die Umweltschutz-Organisationen auf diesen falschen Weg einfahren.



Zweimal die Ja-Parole: An ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung am 22. Januar in Bern beschloss die FDP für beide Abstimmungsvorlagen vom kommenden 27. Februar die Ja-Parole. Mit 112 zu 49 Stimmen wurde der Energieartikel und mit 131 zu 4 Stimmen die Neuregelung bei den Treibstoffzöllen gutgeheissen. (Photo Ruti)

# OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad

ASH ★★★★★  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness  
Grosser Parkplatz

**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**

CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



## Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique  
9000 St. Gallen  
(vis-à-vis Kathedrale)  
H. J. Sistek, (071) 23 33 30



Cuisine du marché  
Eigene Kreationen

### Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant  
Gewölbekeller für Gesellschaften

**Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.**

## Kursgewinne in 1983

Die «INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND BÖRSENVORSCHAU» publiziert wie seit mehr als 15 Jahren traditionsgemäß im Januar

- 10 US-Aktien, um im neuen Jahr Gewinn zu machen
- 10 niederländische Aktien, um im neuen Jahr Gewinn zu machen
- 10 ausgewählte Obligationen, um im neuen Jahr Gewinn zu machen
- 5 ausgewählte Zero-Bonds, um im neuen Jahr Gewinn zu machen

Lassen Sie sich diese Exklusiv-Information nicht entgehen, indem Sie ohne Verzug ein Jahresabonnement auf die im 28. Jahrgang jede Woche aktuell erscheinende INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND BÖRSENVORSCHAU einzahlen (Sfr. 245.- anstatt Sfr. 295.-, PC-Konto 90 - 9541). Inbegriffen ist auch die neueste Ausgabe des SW-ANLAGEPLANUNGSGEFÜHRERS und eine schriftliche Analyse Ihres Wertschriftendepots.

WIRTSCHAFTSVERLAG  
SPIEGEL DER WIRTSCHAFT TRUST  
reg. gegr. 1931  
Saxgass 2, FL-9494 Schaan  
Tel. (075) 2 67 95, Telex 77 860, Abt. 830

FIFDP70085



**HOTEL OLIVELLA**

Restaurants  
«La Voile d'Or» und «Oliva»  
Bar al Lago - Hotel-Bar - Pianist

Freiluftbad - Lido direkt am See  
Hallenbad - Sauna - Massage

Wasserski - Boote - Windsurfing  
Kindergarten mit Betreuung  
Kongress-Tagungs- und Banketträume

Für weitere Auskünfte und Reservationen:  
Hotel Olivella, CH-6922 Morcote, Lago di Lugano  
Tel. 0041 91 69 17 31, Tx 79 535

Dir. Manfred und Christina Hörger

**J.VONTOBEL & CO.**

Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung  
für private und institutionelle Anleger

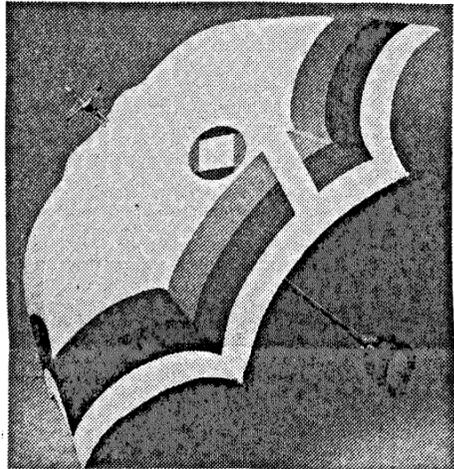
Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 7111

# Zur politischen Haltung stehen, ist gut. Sie jetzt zu zeigen, noch besser.

1983 ist ein eidgenössisches Wahljahr. Darum ist es nötig, dass die Freisinnig-Demokraten jetzt ihre Stärke zeigen. Nicht nur politisch, sondern auch optisch. Damit das möglich ist, haben wir ein Sortiment von modisch aktuellen, qualitativ hervorragenden und erst noch preiswerten persönlichen Accessoires geschaffen.

Jeder Freisinnige - ob Frau oder Mann - wird aus unserem Angebot das Passende finden. Möglichst alle sollen mitmachen beim diesjährigen «Flagge zeigen» und sich zu ihrer liberalen Überzeugung bekennen. Das ist nicht nur gut in den Auseinandersetzungen mit unseren politischen Gegnern. Sondern auch gut für die freisinnigen Wahlkampfassen. Denn jeder der verkauften Artikel bringt dafür einen hochwillkommenen Zustupf, der zudem hälftig der jeweiligen Kantonalpartei zugute kommt.

Machen auch Sie mit!



### Einmal etwas anderes: der Schirm zum Sitzen!

Dieser Sportschirm ist gross genug für zwei. Er hat einen Klappsitz-Griff, was ihn zum praktischen Feldsessel macht. Ideal beim Zuschauer-Sport! Sein Preis stellt andere vergleichbare Schirme glatt in den Regen: Fr. 54.-!



### Nicht nur für Tenniscracks geeignet,

sondern auch für Jogger, Skifahrer und sonstige Sportnaturen. Ihre freisinnige Einstellung darf man jederzeit sehen. Material: 90% Baumwolle, 5% Nylon und 5% Latex. Sehr saugfähige Qualität. Preis pro Set (Stirnband und zwei Gelenkstulpen): Fr. 23.-.



### Diese Ski- und Sportjacke hat's in sich.

Nämlich ein warmes Futter, abnehmbare Ärmel (so dass sie auch als Gilet getragen werden kann), zwei grosse Aussentaschen, eine Innentasche. Die Jacke lässt sich zudem problemlos in der Waschmaschine waschen. Grössen: S (klein), M (mittel), L (gross), XL (extragross). Preis: Fr. 120.-.



### Seidig, fein, modisch, elegant

ist unser Foulard für Damen. Aus handrollierter Seide (Crêpe-de-Chine), in ausgesuchter Qualität, speziell für die FDP entworfen. Es dokumentiert die freisinnige Haltung auf diskrete Weise und ist 80 x 80 cm gross. Und hat einen Preis, der jedem Vergleich standhält: Fr. 40.-.



### Praktisch

ist unser Portefeuille aus echtem Rindsleder mit seinem chicen FDP-Emblem. Sowie genügend Einsteckfächer für Banknoten, Ausweise, Notizen und Kreditkarten samt einer 83er-Agenda. Der Preis: Fr. 48.-.

### Unser «Pièce de Résistance» par excellence

ist die neue freisinnige Krawatte. Sie ist elegant und stilsicher, sie passt korrekt zu jedem Anzug. Bei Veranstaltungen aller Art signalisiert sie das freisinnige «Wir-Gefühl» auf eindruckliche Weise. Qualitätsprodukt aus Polyester, pflegeleicht und strapazierfähig. Jederzeit tragbar, auch im Preis: Fr. 35.-.

### Die freisinnige Anstecknadel

entspricht einem langgehegten Wunsch aller Freisinnigen! Jetzt können Sie jederzeit und überall diskret zeigen, dass Sie in der richtigen Partei sind. Die Anstecknadel kostet deshalb Fr. 10.-, weil davon ein erheblicher Betrag in die Wahlkampfassen fliesst.



### Coupon

### Ich finde die Idee mit den FDP-Accessoires gut und mache mit.

- Ich möchte den FDP-Accessoires-Prospekt haben, um in Ruhe auswählen zu können.  
 Ich möchte folgende Artikel bestellen:

- \_\_\_\_\_ Sportjacke(n) à Fr. 120.-,  
Grössen: S - M - L - XL  
(gewünschte Grösse einkreisen)  
\_\_\_\_\_ Sportregenschirm(e) à Fr. 54.-,  
\_\_\_\_\_ Portefeuille(s) à Fr. 48.-,  
\_\_\_\_\_ Set(s) mit Stirnband und  
2 Gelenkstulpen à Fr. 23.-,  
\_\_\_\_\_ Krawatte(n) à Fr. 35.-,  
\_\_\_\_\_ Foulard(s) à Fr. 40.-,  
\_\_\_\_\_ Anstecknadel(n) à Fr. 10.-.

- Bitte senden Sie mir Informationen über die FDP der Schweiz.

Herrn/Frau/Frl.  
Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Bitte Name und Adresse in gut leserlichen Druckbuchstaben eintragen und Coupon einsenden an: **Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern**

Für Leute  
von heute: **FDP**

Freisinnig-Demokratische Partei



**Freisinniger Presseverband diskutiert Energieartikel**



Der am 27. Februar zur Abstimmung gelangende Energieartikel bildete Gegenstand einer Aussprache im Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverband, zu der auch die Bundeshauspresse eingeladen wurde. Die Diskussion wurde

Kurt Schüle als Gegner und — leicht verdeckt — SVP-Nationalrat Konrad Basler als Befürworter der Vorlage. — Vehement setzte sich in einem einleitenden Referat Bundesrat und Energieminister Schlumpf für den Energieartikel ein, den er als «hinreichend und notwendig» zur Annahme empfahl. (Fotos Ruti)



animiert durch ein Podiumsgespräch, an dem sich folgende Votanten beteiligten (von links nach rechts): FDP-Nationalrat Gilles Pettipierre als Befürworter, SP-Kantonsrätin Ursula Koch, Geschäftsführerin der Schweizerischen Energiestiftung (SES), Michel Margot vom Presseverband, Bundesrat Leon Schlumpf, «Bund»-Inlandredaktor Erich Tenger als Diskussionsleiter, FDP-Nationalrat



**Die FDP zum Wirtschaftsprogramm des Bundesrats**

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist besorgt über die Zunahme der Arbeitslosigkeit in unserem Land, auch wenn die Arbeitslosenquote noch keineswegs den Stand von jenen von Nachbarländern angenommen hat. Sie begrüsst grundsätzlich das vom Bundesrat vorgelegte Massnahmenpaket zur Rezessionsbekämpfung und erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Erhaltung oder Wiederherstellung der Vollbeschäftigung eines der wichtigsten Anliegen der Partei darstellt.

Die FDP stellt fest, dass der Bundesrat der Einladung der Bundesratsparteien, verschiedene Möglichkeiten und Vorschläge zur Rezessionsbekämpfung zu prüfen, gefolgt ist und Vorschläge bereits gegen Ende 1982 vorbereitet und nun vorgelegt hat, die sich weitgehend mit den in den Von-Wattenwyl-Gesprächen seitens der FDP geäusserten Vorstellungen decken. Vermisst werden dagegen die im erwähnten Arbeitspapier ebenfalls verlang-

# Management-Beratung

## RACOM

RACOM  
Unternehmens-  
beratungs-AG  
Bahnstrasse 23  
8603 Schwerzenbach  
(01) 825 25 11

RACOM  
Unternehmens-  
beratungs-AG  
Grabenackerstrasse 11  
4142 Münchenstein  
(061) 46 10 10

**Tätigkeitsbereiche:**

- Unternehmensorganisation
- Führungskonzepte
- Auftragswesen
- PPS
- Personaleinsatzplanung
- Lohn- und Gehaltssysteme

ASCO-Unternehmensberater

- Finanz- und Rechnungswesen
- Datenverarbeitung
- Logistik
- Produktinnovation
- Energiewirtschaft
- Personal

## FINANZTECHNOLOGIE

**Technische Treuhandgesellschaft AG**  
Wir erarbeiten technische Entscheidungsgrundlagen für Leute, die etwas zu sagen haben.  
**Techno**  
**Technische Treuhandgesellschaft AG**  
Weinbergstrasse 26, 8001 Zürich  
Tel. (01) 251 33 70 Telex 875984 tecco CH

Landstrasse 3, 8750 Glarus  
Tel. (058) 61 19 29

## Technischer Treuhandbericht

Analog zum jährlichen Revisionsbericht der Buchhaltung wird von uns die technische Seite eines Betriebes systematisch bis ins Detail untersucht. Diese Untersuchung ist von grossem Nutzen bei Beteiligungen, Fusion oder auch als eine wichtige Standortbestimmung des Betriebes. Verlangen Sie mehr Information.



## Baer Unternehmensberatung

6442 Gersau  
4600 Olten

Riviera II  
Tel. (041) 84 17 29  
Solothurnerstrasse 151  
Tel. (062) 32 24 85

## Organisation

Planungskonzepte  
Management auf Zeit

## BÄNNINGER UNTERNEHMENSBERATUNGEN

Im Weizenacker 5, 8305 Dietlikon  
Tel. (01) 833 35 34

ten Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, denen zur Wiederankurbelung aber auch mittel- und langfristig zur Sicherung der Vollbeschäftigung nach wie vor erste Dringlichkeit beigemessen werden muss. Besondere Aufmerksamkeit muss ausserdem nach wie vor der Inflationsbekämpfung und der Abwehr des weltweiten Protektionismus geschenkt werden.

Positiv steht die FDP insbesondere den Massnahmen zur Förderung der Exporte gegenüber. Der weiteren Bevorschussung der defizitären Exportrisikogarantie (ERG) durch den Bund kann auch aus ordnungspolitischen Überlegungen zugestimmt werden, wie auch der Aufstockung der Mittel für Mischkredite.

Auch die zum Zwecke der Rezessionsbekämpfung vorgezogenen bundeseigenen Beschaffungsinvestitionen aus dem Bereich der verschiedenen Departemente finden die Zustimmung der FDP. Da es sich hier zu einem grossen Teil um ein Vorziehen von bereits geplanten Ausgaben handelt, ist diese Massnahme auch aus finanzpolitischen Überlegungen vertretbar.

Die einzelnen Massnahmen werden von der Fraktion noch eingehend zu prüfen sein. Im Detail noch zu prüfen sind

insbesondere die finanzplanmässigen Auswirkungen und damit die Frage der Finanzierung der im Wirtschaftsprogramm enthaltenen neuen Investitionsvorhaben.

## Für Kompetenzartikel über Radio und TV

Eindeutig sprach sich die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung (FDP) für die Schaffung eines Kompetenzartikels in der Bundesverfassung über Radio und Fernsehen aus. Nach eingehenden Ausführungen von Ständerat Affolter (SO) kam die Fraktion mit grosser Mehrheit zum Schluss, dass eine materielle und detaillierte Verfassungsbestimmung mit viel Konfliktstoff belastet würde, womit die heute unbedingt notwendige Bundeskompetenz in einer Volksabstimmung einmal mehr in Frage stände.

Die FDP-Fraktion beschloss zudem nach Ausführungen von Nationalrat Lühlinger (ZH) einhellig Zustimmung zu den Anträgen der vorberatenden Kommission des Nationalrates zur Revision des Schweizer Bürgerrechts, die eine erleichterte Einbürgerung junger, in der Schweiz aufgewachsener Ausländer ermöglicht.

de luxe  
**Hotel Kindli**  
Zürich

- Das komfortable 4-Stern-Hotel an der Ecke Platzgasse/Rennweg
- Parkhaus Urania 3 Min. entfernt
- Jeden Abend Top-Music-Show mit der 10-Mann-Kindli-Band beim Candlelight-Dinner

Bitte Tischreservierung  
Telefon Hotel: 01/211 59 17  
Telefon Restaurant: 01/211 41 82  
Telex: 8124 26

## Umbauten, Neubauten Fassadenrenovationen

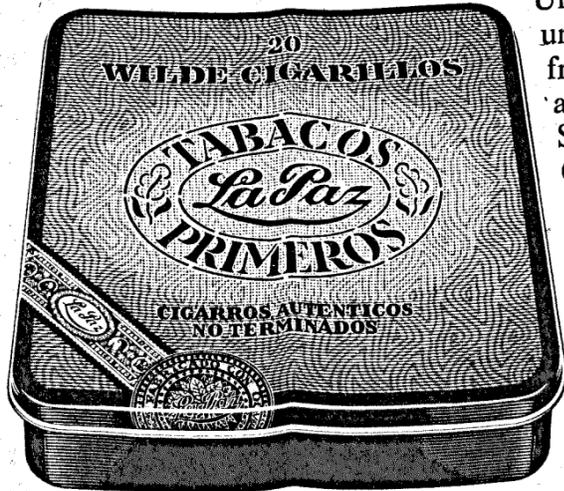
erstellt  
junge Bauunternehmung  
in prompter und zuverlässiger Arbeitsweise, Stadt Zürich und Umgebung.  
Gute Fachleute und Referenzen zu Diensten.

## Gebrüder Pesenti Charaldo-AG

8051 Zürich, Heerenwiesen 18, Tel. 40 70 88

# Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück/Fr. 8.—

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam melangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



**Cigarros Autenticos.**

Die jüngste afrikanische Republik zwei Jahre nach der Unabhängigkeit

## Simbabwes dornenvoller Weg in den Fortschritt

«Die sozioökonomische Entwicklung Simbabwes muss weiter vorangetrieben werden erklärte gestern abend Premierminister Robert Mugabe vor der Minenarbeiterversammlung in Hwange. Jeden Morgen rieselt in den Frühenachrichten über Simbabwes Landessender «Radio Free Nation» minutenlang ein Bericht über eine Rede des Regierungschefs oder des Staatspräsidenten Canaan Banana durch den Aether, zuerst in der offiziellen Landessprache, Englisch, dann in Ndebele und zuletzt noch in Shona. Toni Antoniazzi, als Journalist bei einer Nachrichtenagentur tätig, weilte vor kurzem in Simbabwe:

«Sozioökonomischer Fortschritt» ist das Schlagwort, das sich die im Juni 1980 nach einem blutigen Bürgerkrieg an die Macht gelangten Schwarzen auf ihr Banner geschrieben haben. Der immer wieder propagierte Fortschritt, wie er von den schwarzen Machthabern vorangetrieben wird, kostete einen hohen Preis.

### Exodus der Weissen

Tausende von Weissen haben das Land verlassen, und der Exodus setzt sich, wenn auch verlangsamt, fort. Mit den Weissen sind auch viel Wissen, Pioniergeist und Kapital aus dem Land gegangen. Stammesrivalitäten zwischen Shonas und Ndebeles stören das politische Gleichgewicht, und die Hypotheken aus dem Bürgerkrieg lasten noch schwer auf der jüngsten afrikanischen Republik; Deserteure, ehemalige Guerillas und bewaffnete Kriminelle treiben im unkontrollierbaren Busch nach wie vor ihr Unwesen.

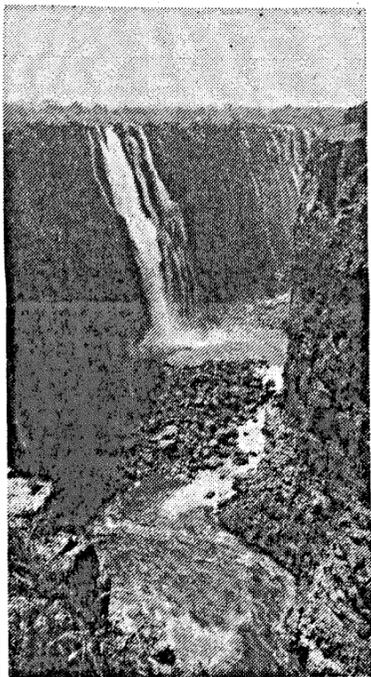
Einen ersten Höhepunkt erreichten die Stammesfehden im Februar dieses Jahres, als Premierminister Mugabe, dem die Shonas loyal sind, den Kabinettskollegen und ehemaligen Guerillaführer Joshua Nkomo aus der Regierung warf. Nkomo selbst gehört zum Stamm der Ndebele, die vor allem den Süden und Westen des Landes bevölkern. Sein Rauschmiss aus der Regierung veranlasste ihn damals in seiner Hochburg Bulawayo, dem zweitwichtigsten Zentrum des Landes, zur Erklärung, Simbabwe stehe wieder am Vorabend eines Krieges. Die Wellen haben sich mittlerweile geglättet. Kenner Simbabwes rechnen auch nicht damit, dass die rohe Gewalt derart eskalieren könnte.

### Der tägliche Terror

Andererseits ist es Tatsache, dass in jener heiklen Phase zwei weisse

Farmer ermordet wurden und zahlreiche Schiessereien zwischen verfeindeten Gruppen stattfanden. Bei diesen wenigen Geschehnissen blieb es nicht: Im Sommer wurden Touristen mitten im Busch von bewaffneten Banden überfallen und entführt. Die Polizei gibt öffentlich zu, dass man besser davon absehen soll, durch den Busch zu fahren. Die Regierung bemüht sich indes immer wieder, das Ausmass der Uebergriffe herunterzuspielen.

Dass solche Vorkommnisse dennoch nicht rar sind, bestätigt



Touristisches Wahrzeichen Simbabwes sind die imposanten Victoriafälle.

ein Farmer schweizerischen Ursprungs, der seit über zwanzig Jahren im Land lebt: «Bei Victoria Falls, wo ich meine Farm habe, wird fast täglich in der Nacht geschossen.» Er selbst traue sich nur noch mit dem Gewehr zum Einkaufen in die Stadt.

«Der Krieg hat noch gar nicht richtig angefangen», meint er mit düsterer Miene; er überlege sich zurzeit, ob er wie viele seiner Farmerkollegen nach Australien auswandern soll.

Die Scharmützel im Busch veranlassten die Regierung Ende Oktober, eine sogenannte Volksmiliz von 20 000 Mann Stärke zu bilden. Verteidigungsminister Ndan-gana will mit dieser paramilitärischen Einheit, welche Armee und Polizei unterstützen soll, die Zivilbevölkerung vor den zunehmenden Ueberfällen bewaffneter Banden schützen.

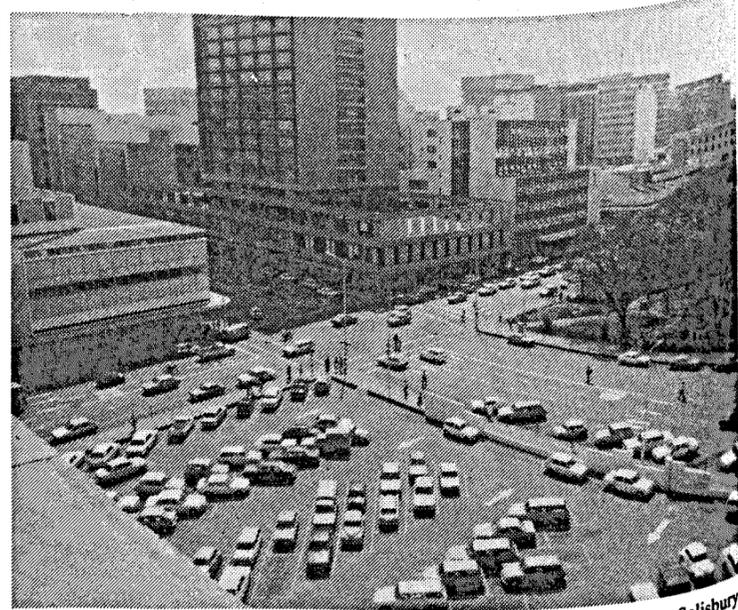
### Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Trotz internationalen Wirtschafts-sanktionen, die über Rhodesien zur Zeit des Regimes von Ian Smith verhängt worden waren, hatte die Wirtschaft des Landes dank südafrikanischer Hilfe relativ gut funktioniert. Auch heute, unter schwarzer Regierung, weist die Industrie eine für afrikanische Verhältnisse hohe Produktivität auf, Simbabwe exportiert hochwertige Erzeugnisse in die Nachbarländer. In grossen Mengen vorhandene Rohstoffe wie Kohle, Gold, Eisenerz, Nickel und Kupfer dienen Simbabwe als willkommene Devisenbeschaffer. Die sinkenden Preise für Rohstoffe auf den Weltmärkten bereiten dem Land aber zusehends Schwierigkeiten.

Wegen des Bürgerkriegs Ende der siebziger Jahre hatte Simbabwe einen wirtschaftlichen Tiefschlag erlitten, von dem es sich aber wieder relativ gut erholen konnte. Dies ist nicht zuletzt auf die internationale Hilfe zurückzuführen; der Westen steuerte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau beträchtliche Mittel bei. Die Schweiz half Simbabwe mit einem ersten Mischkredit von 20 Mio. Franken, eine veraltete Eisenbahnlinie zu elektrifizieren; ein zweiter Mischkredit für die Beschaffung von schweizerischen Gütern in der Höhe von ebenfalls 20 Mio. Franken wurde in Harare im September zwischen den beiden Ländern vereinbart.

### Politische Landreform

Simbabwe ist und bleibt jedoch vor allem ein Agrarland. Zwei Drittel der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, die mit etwa 17 Prozent zum gesamten Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Der Grossteil des Bodens befindet sich nach wie vor im Besitz von rund 5000 der insgesamt 150 000 im Land lebenden Weissen. Sie bebauen etwa 15 Mio. Hektaren Land und garantieren für 90 Prozent der gesamten Landwirtschaftsproduktion. Eines der wichtigsten Versprechen, das Mugabe der schwarzen Bevölkerung bei seiner Machtübernahme gab, war eine tiefgreifende



Scherzhaft auch das «grosse Dorf» genannt: Die Hauptstadt Harare, ehemals Salisbury.

Landreform. Bisher hat sich allerdings in diesem Bereich noch nicht allzuviel getan. Ein junger Landarbeiter in Nyanda klagte denn auch: «Für uns hat sich seit 1980 nichts geändert.»

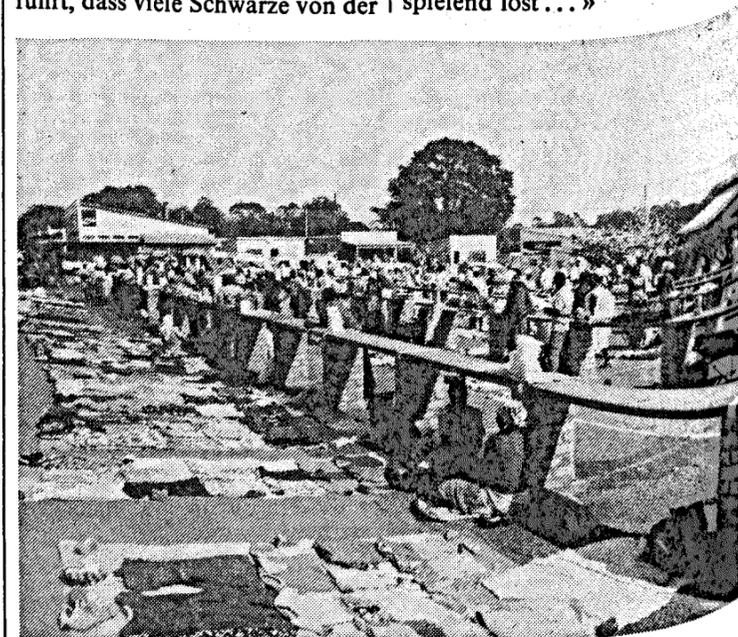
Wohl kauft die Regierung mit Hilfe britischen Geldes den weissen Farmern Boden ab, um ihn den Schwarzen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wächst jedoch die Angst der Weissen vor Enteignungen. Gerade die Weissen aber mit ihrem technischen Wissen werden unbedingt benötigt, will man nicht das Risiko eingehen, dass die Produktivität absackt und die Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Die Regierung befindet sich hier in einem eigentlichen Dilemma. Nach übereinstimmenden Aussagen von Weissen ist in gewissen Bereichen gegenüber früher eine klare Verschlechterung der Versorgung festzustellen. Der sich langsam ausbreitende Schlendrian, die stark erhöhten Steuern sowie die Aufhebung von Privatschulen für weisse Kinder geben vielen Weissen den Anstoss, das Land zu verlassen.

### Ungewisse Perspektiven

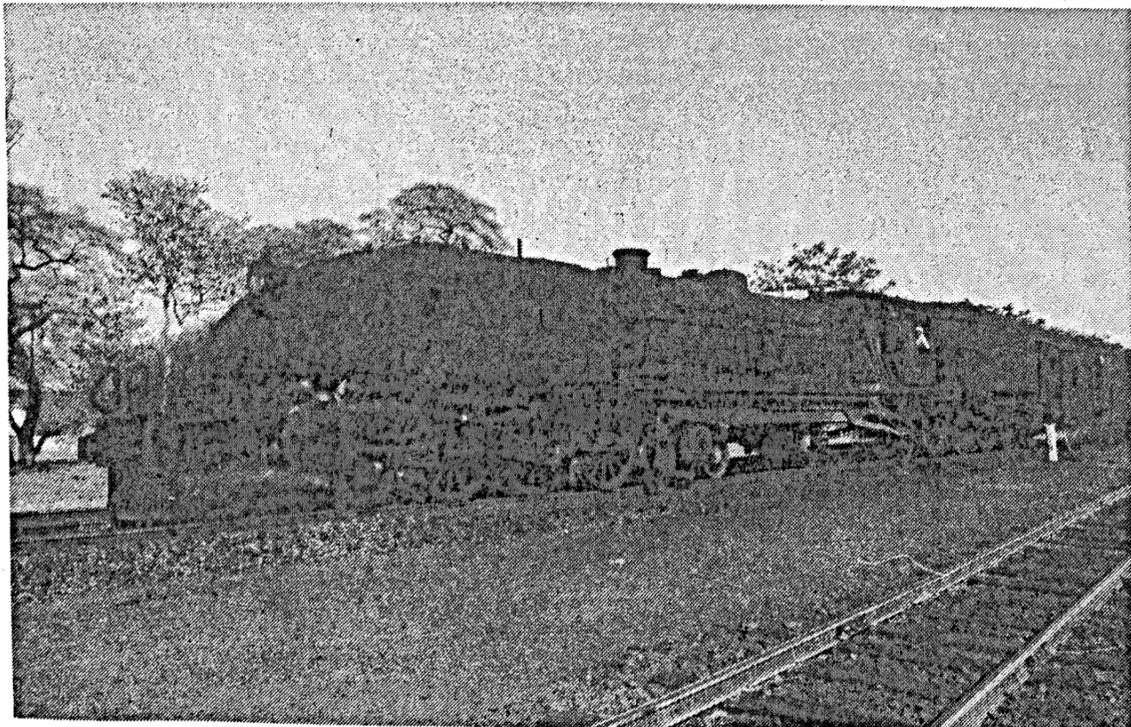
Die im Schnecken-tempo vor sich gehende Landreform hat dazu geführt, dass viele Schwarze von der

Provinz in die Stadt ziehen, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. Draussen vor der Hauptstadt Harare (früher Salisbury), gibt es erste Anzeichen einer Slumbildung. Notdürftig mit Wellblech und Pappe zusammengeschnitzte Baracken und illegale Schwarzmärkte schiessen aus dem Boden.

Die in anderen Ländern stehende Korruption und Vetterwirtschaft in Wirtschaft und Verwaltung war und ist heute in Simbabwe noch nicht ausgeprägt. Dass aber auch Simbabwes neue Herrscher nicht gegen solche Mächte gefeit sind, beteuert ein (weisser) Manager eines Metallwarenkonzerns. «Sehen Sie», lächelt der Geschäftsmann, «seit die neue Regierung am Ruder ist, haben alle Schwarzen staatlich verordnete Mindestlöhne und eigenen Kündigungsschutz. Will ich einem Schwarzen aber weniger Lohn zahlen oder will ich ihn gar entlassen, dann habe ich keine Probleme. Warum? Für ein Jahresgehalt von 50 000 Simbabwe-Dollar habe ich in meinem Betrieb ein hohes Tier der regierenden Zanu-PF-Partei angestellt, der zwar nichts arbeitet, dafür aber solche Probleme für mich spielend löst...»



Markttag in Nyanda, dem früheren Fort Victoria.



Der Ausbau der Verkehrswege ist vor allem für den Gütertransport dringend notwendig. Die Schweiz leistet dabei einen Beitrag. Dampflokomotiven bilden das Rückgrat bei den Triebfahrzeugen.

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

Unsere Anlagepolitik:  
Sicherheit vor Risiko

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11  
New York 001 212 949-90-44